

Lehrstunde über «Carbon Farming»

Diskussion Was ist «Carbon Farming»? Manch einer im Grossen Rat bekannte anlässlich der Diskussion einer Interpellation zum Thema, vorher noch nie davon gehört zu haben – auch Volkswirtschaftsdirektor Walter Schönholzer. Kurzdefinition der Interpellanten: Unter Carbon Farming werden alle landwirtschaftlichen Methoden zusammengefasst, die von Menschen freigesetztes CO₂ wieder in die Böden zurückführen können. Damit wird es zu einem wichtigen Beitrag zur regenerativen Landwirtschaft. Tenor der Diskussion: Der Thurgau sei auf dem richtigen Weg und müsse am Thema dranbleiben. (ck)

Einbürgerungen genehmigt

Abstimmung Der Grosse Rat hat einstimmig 10 Kantonsbürgerrechtsgesuche von Schweizerinnen und Schweizern genehmigt. 181 Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern wurden mit 99 Ja gegen 11 Nein bei 10 Enthaltungen verabschiedet. Ein Gesuch war bereits in der Justizkommission ablehnend beurteilt und ein weiteres zurückgestellt worden. «Der Gesuchsteller wird auf die nächste Sitzung der Justizkommission zur Anhörung eingeladen», führte Michèle Strähl (FDP, Weinfelden), Präsidentin der Justizkommission, aus. (ck)

Markus Bürgi neu FDP-Kantonsrat

Amtsgelübde Die Grossratsitzung vom Mittwoch war die erste für den neuen Kantonsrat Markus Bürgi. Er legte in Weinfelden sein Amtsgelübde ab und gehört ab sofort der FDP-Fraktion an. Er rückt für Anders Stokholm nach, der per Ende September aus dem Grossen Rat zurückgetreten ist. Bürgi ist Rechtsanwalt beim Anwaltsbüro Bürgi Hotz Zellweger in Frauenfeld und seit 2018 Gemeindepräsident von Stettfurt. Sein Vater Hermann Bürgi sass von 1986 bis 1996 für die SVP in der Thurgauer Regierung und von 1999 bis 2011 im Ständerat. (ste)

Gsaat isch gsaat

«Ich sehe niemanden mehr im Rat – also, ihr seid schon noch alle da, aber ich sehe niemanden mehr, der etwas sagen will.» Grossratspräsident Peter Bühler (Mitte, Ettenhausen) schliesst die Diskussion.

«Die Glocke macht auch grad Pause.» Der Grossratspräsident kämpft mit analogen Hilfsmitteln.

«Wieder mal eine Diskussion zu Covid. Ich bin fast ein bisschen aus der Übung geraten.» Regierungsrat Urs Martin hat Startschwierigkeiten. (sba/ck)

Selbst Kinder sind jahrelang krank

Kantonsräte von links bis rechts fordern mehr Unterstützung für Betroffene von Long Covid.

Stefan Marolf

Verdrängt oder schon fast vergessen: Für gesunde Thurgauerinnen und Thurgauer ist die Coronapandemie längst Geschichte. Nicht für Isabelle Vonlanthen. Die Grünen-Kantonsrätin aus Bichelsee zitiert am Mittwoch die Mutter eines Long-Covid-Patienten: «Mein Sohn erkrankte 2021 mit zehn Jahren. Erst drei Jahre später konnte er wieder zur Schule.»

Weil sie sich mehr Unterstützung für Betroffene wünscht, hat Vonlanthen eine Interpellation eingereicht. Die Regierung antwortete abschlägig. Die medizinische Versorgung sei gewährleistet, ausserdem sei die Diagnosestellung schwierig. «Die Symptome sind äusserst vage, sodass eine gesicherte Zuordnung zu Covid schwierig ist.» Letzterem stimmt Isabelle Vonlanthen am Mittwoch «vollumfänglich» zu. Mit dem Rest der Regierungsantwort ist sie allerdings überhaupt nicht einverstanden: «Sie ist schlicht ungenügend. Die Regierung zeigt keine Anteilnahme und redet die Thematik klein.» Vonlanthen beantragt Diskussion, der Grosse Rat stimmt mit 91 Ja zu 2 Nein zu.

«Bei Anlaufstellen fehlt das Fachwissen»

Vonlanthen erzählt von einem Long-Covid-Betroffenen, der früher Marathon gelaufen sei und heute wegen seiner Beschwerden nicht einmal mehr joggen könne. Sie spricht über kranke Kinder, die zu Hause eine Vollzeitbetreuung brauchen, und sagt: «Je nach Quelle gibt es in der Schweiz 80'000 bis 300'000 Betroffene.»

Dass das Gesundheitssystem darauf nicht vorbereitet sein könne, sei klar. Trotzdem hält Vonlanthen die aktuellen Angebote im Thurgau für nicht ausreichend. Sie fordert einen runden Tisch mit allen Beteiligten,



Im Thurgau gibt es mehrere Familien mit Kindern, die an Long-Covid-Symptomen leiden.

Bild: Getty



Isabelle Vonlanthen, Grüne, Bichelsee.

Bild: Ralph Ribi

wie es ihn im Kanton St. Gallen gibt, träumt von einem Kompetenzzentrum für Betroffene und sagt: «Bei den Anlaufstellen, zum Beispiel in den Spitälern Münsterlingen und Frauenfeld, fehlt das Fachwissen.» Dieser Meinung ist auch SP-Kantonsrätin Marina Bruggmann (Salm-

sach): «Viele Hausärztinnen und Hausärzte sind immer noch nicht ausreichend über Long Covid informiert.» Ihrer Meinung nach würde es sich für den Kanton auszahlen, mehr in die Sensibilisierung zu investieren: «Wird Long Covid frühzeitig erkannt, können Folgekosten reduziert werden.»

Betroffene schämen sich, zum Arzt zu gehen

Ein weiteres Problem laut Marina Bruggmann: Weil Long-Covid-Betroffene oft an diffusen Beschwerden litten, würden sie nicht ernst genommen: «Sie zögern, zum Arzt zu gehen – aus Scham.» Betroffene würden oft stigmatisiert, sagt auch EVP-Kantonsrätin Elisabeth Ricken-

bach (Thundorf). «In der Gesellschaft und unter Ärzten hält sich die Vorstellung, Long-Covid-Patienten seien schwierige Patienten und ihre Symptome psychisch bedingt.» Dabei zeige die Forschung, dass sich Long Covid direkt auf den Körper auswirke – mit Atemnot, Erschöpfung oder Schlafstörungen.

Die fehlende Akzeptanz stellt auch FDP-Kantonsrätin Cornelia Hasler-Roost fest. «Betroffene sind oft zu fit für das Spital, aber zu schwach für das normale Leben.» Sie kennt ein Beispiel aus ihrem direkten Umfeld: «Bei einer Freundin von mir hat das System versagt. Vier Ärzte stellten für sie einen Reha-Antrag, die Krankenkasse lehnte alle ab.» Hasler-Roosts Freun-

din bezahlte die Therapie am Ende aus dem eigenen Sack.

«Dass sich Betroffene mit dem eigenen Portemonnaie helfen müssen, ist ein Armutszugnis für unser Gesundheitssystem», sagt EDU-Kantonsrat Christian Caviezel (Tägerwilen). Das Hauptproblem aus seiner Sicht: «Warum hat die Weltgesundheitsorganisation keine einheitliche medizinische Definition für Long Covid gesprochen?» Die meisten vermeintlichen Long-Covid-Patienten litten gar nicht an den Folgen der Erkrankung, sondern an der Impfung, behauptet Caviezel dann – und spricht von «Gentherapie-Schäden». Die Betroffenen seien «einem Experiment zum Opfer gefallen», und: «Wir müssen Wege finden, diesen Menschen zu helfen.»

Gesundheitsdirektor macht Zugeständnis

Zu sagen, der Kanton habe versagt, greife zu kurz, sagt der zuständige Regierungsrat Urs Martin. «Erstens ist Long Covid kein Thurgauer Problem, sondern ein internationales, und zweitens ist der aktuelle Stand des medizinischen Wissens noch sehr beschränkt.» Martin will die Schicksale von Betroffenen nicht schönreden, sagt aber: «Es ist offen, wie wir helfen können, weil international weder eine fixe Definition für Long Covid noch eine gesicherte Therapie existiert.»

Von den behandelnden Institutionen hat der Gesundheitsdirektor nie etwas von Engpässen gehört, von Betroffenen nie Reklamationen zur Behandlungsqualität bekommen. Ein Missstand besteht seines Wissens nicht – im Gegenteil: «Die Angebote werden immer weniger genutzt.» Trotzdem macht er Interpellantin Vonlanthen ein Zugeständnis: «Wir müssen dranbleiben. Braucht es dazu einen runden Tisch, bin ich gerne bereit.»

Unruhige Zeiten für das Ruhegehalt

60 Parlamentsmitglieder unterschreiben eine Motion zur Abschaffung des regierungsrätlichen Ruhegehalts.

Christian Kamm

Der Grosse Rat hat 130 Mitglieder. Mit 66 Stimmen (eine mehr als die absolute Mehrheit) lässt sich jede Abstimmung im Parlament gewinnen. Nicht weit davon entfernt ist die Zahl der Parlamentsmitglieder, die eine Motion unterschrieben haben, welche die Abschaffung des Ruhegehalts für Regierungsräte verlangt – nämlich 60 (fünf Motionäre und 55 Mitunterzeichner). Damit stehen der Ruhegehaltsregelung unruhige Zeiten bevor. Falls ein Regierungsrat sein Amt abgibt oder rechtlich unverschuldet auf der Strasse steht, sorgt das sogenannte Ruhegehalt für ein geregeltes Einkommen, bis die Pensionskasse

mit 63 übernimmt. Allerdings ist der Anspruch vom Alter und von der Amtsdauer abhängig.

«Derartige Privilegien sind nicht mehr angebracht»

Bereits im vergangenen August hatte SVP-Kantonsrat Oliver Martin (Mattwil) das Ruhegehalt in einer Einfachen Anfrage kritisch hinterfragt. Die Regierung verteidigte damals ihren Fallschirm, weil er Interessenkonflikte während der Amtszeit verhindere. Nun doppelt Martin mit einer Motion nach. Das Risikoargument vermöge nicht zu überzeugen, heisst es in der Begründung unter anderem. Und: «Derartige Privilegien von Magistratspersonen sind heute nicht mehr angebracht.»

Duell über drei Wahlgänge

Es gibt Wichtigeres als einen Sitz in der Rekurskommission in Anwaltsachen. Dennoch duellierten sich SVP und FDP.

Christian Kamm

Nachdem der erste Wahlgang keinen Sieger hervorgebracht hatte, startete SVP-Fraktionschef Hermann Lei (Frauenfeld) einen eindringlichen Appell ans Kantonsparlament. Die SVP sei «der tiefen Überzeugung», so Lei, dass in den Gremien alle Kräfte ausgewogen vertreten sein müssten. «Wir halten das immer ein. Uns ist das wichtig.» Deshalb empfehle er wärmstens, den hervorragenden Kandidaten der SVP zu wählen.

SVP gegen FDP unter Beteiligung der GLP

Zielperson des Werbespots: Urs Weber, Bezirksrichter in Weinfelden, und SVP-Kandidat für

den frei gewordenen Sitz in der Rekurskommission in Anwaltsachen. Aber: Weil mit Markus Bürgi ein FDP-Mitglied aus der Kommission zurückgetreten ist, hatte selbstredend auch die FDP einen Kandidaten ins Rennen geschickt, um ihren Sitz zu ver-

teidigen: Frank Zellweger, Anwalt in einer renommierten Frauenfelder Anwaltskanzlei. Und um das Trio komplett zu machen, stellte die GLP noch Stephan Zlabinger zur Wahl.

Punktgenau beim absoluten Mehr gelandet

Letzterer wurde als Drittplatzierter in zwei Wahlgängen, in denen Weber und Zellweger jeweils nahe beieinander lagen, aber keiner das absolute Mehr erreichte, dann von der GLP aus dem Rennen genommen. Im abschliessenden dritten Wahlgang schaffte Frank Zellweger dann in einem Fotofinish die Wahl. Urs Weber holte 56 Stimmen, Zellweger 61 – was exakt dem absoluten Mehr entsprach.



Schaffte im dritten Anlauf die Wahl: Frank Zellweger.

Bild: Ralph Ribi